



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 24.06.2025 – Auszug aus Drucksache 19/7276 –

Frage Nummer 17

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Florian
Siekman**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie vielen jüdischen und israelischen Einrichtungen in Bayern aktuell Objektschutz gewährt wird, ob angedacht ist, diese Zahl wegen der Drohungen des iranischen Regimes zu erhöhen und wie viele Hinweise auf konkrete Gefährdungen von jüdischen und israelischen Einrichtungen in Bayern aktuell vorliegen?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Bereits seit Beginn des Israel-Palästina-Konflikts im Oktober 2023 hat die Bayerische Polizei ihre Sicherheitsvorkehrungen für die jüdische Bevölkerung und israelische Einrichtungen deutlich verstärkt.

Die Situation im Nahen Osten hat sich durch die jüngsten Ereignisse noch einmal deutlich verschärft, was wiederum potenzielle Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland und Bayern mit sich bringen könnte. Aktuell liegen keine konkreten Gefährdungserkenntnisse vor, es muss jedoch bundesweit mit möglichen Protestaktionen gerechnet werden.

Besorgniserregend ist die anhaltend hohe abstrakte Gefährdung jüdischer und israelischer Einrichtungen in unserem Land. Aus diesem Grund wurden die Kräfte der Bayerischen Polizei, insbesondere im Hinblick auf den Eintritt der USA in die Kampfhandlungen, nochmals sensibilisiert.

Die bayerischen Sicherheitsbehörden beobachten die Lage äußerst aufmerksam. Jeder Hinweis wird sorgfältig geprüft. Zur Einschätzung der Gefährdungslage stehen Polizei und Verfassungsschutz im Freistaat in engem und ständigem Austausch mit den Sicherheitsbehörden des Bundes, den anderen Bundesländern sowie allen relevanten Einrichtungen.

Die Bayerische Polizei trifft grundsätzlich lageangepasste Schutzmaßnahmen, beispielsweise an den Israelitischen Kultusgemeinden, Synagogen, Schulen, Kindergärten, Kulturzentren etc. und ist bei Veranstaltungen mit Bezug zu Israel oder der jüdischen Gemeinschaft präsent.

Sollte es die Lage erfordern, wird die Bayerische Polizei ihre sichtbare Präsenz sowie ihre Schutzmaßnahmen nochmals weiter erhöhen.

Da alle Maßnahmen des Objektschutzes der Geheimhaltung unterliegen, kann zu weiteren Details, wie beispielsweise der Art, dem Umfang und der Entwicklung dieser Schutzmaßnahmen, keine weitergehende Auskunft erteilt werden.

Ergänzend zu den Schutzmaßnahmen durch Einsatzkräfte berät die Bayerische Polizei die jüdischen und israelischen Einrichtungen bei technischer Prävention und Sicherungsmaßnahmen. Für technische Sicherheitsmaßnahmen zur Verbesserung des Schutzes jüdischer Einrichtungen stellte die Staatsregierung seit dem Jahr 2016 insgesamt 23 Mio. Euro zur Verfügung.